

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 12

Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren

herausgegeben von

Prof. Dr. Matthias Dombert

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Potsdam
Richter des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg a. D.

Prof. Dr. Christoph Külpmann

Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig

bearbeitet von

Prof. Dr. Matthias Dombert Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht,
Potsdam, Richter des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg a. D.;
Prof. Dr. Klaus Herrmann Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Potsdam;
Prof. Dr. Christoph Külpmann Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht,
Leipzig; *Dr. Christian Maierhöfer* Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts der Freien
Hansestadt Bremen; *Prof. Peter Sperlich* Präsident des Oberverwaltungsgerichts der Freien
Hansestadt Bremen, Präsident des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen

8., völlig neubearbeitete Auflage 2025
des von Prof. Dr. Klaus Finkelnburg begründeten Werkes



Zitierweise: Dombert/Külpmann VorlRS/Bearbeiter § ... Rn. ...

beck.de

ISBN 978 3 406 79591 6

© 2025 C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort der 8. Auflage

„Der Praxis zu dienen“ – dieses Ziel verfolgte *Klaus Finkelnburg*, als er im Jahr 1973 sein Buch über den „Vorläufigen Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren“ veröffentlichte. Die vorliegende 8. Auflage bleibt diesem Ziel verpflichtet. Indes zwingen die Fülle des anfallenden Materials, die sich ausdifferenzierende Rechtsprechung und das Entstehen von Sonderprozessrecht etwa im Asylgesetz, im Beamten- oder Planfeststellungsrecht zu einer nach Umfang und Detaillierung weit umfangreicheren Behandlung. Sie ist notwendig, um Rechtsanwältinnen und -anwälte, Behörden und Gerichte zu informieren und Lösungen auch für nur gelegentlich auftretende Fallkonstellationen vorzuschlagen.

Klaus Finkelnburg hat aus Altersgründen an dieser Auflage nicht mehr mitgewirkt. Wir sind dankbar, sein Buch als Mitautoren und Herausgeber weiterführen zu dürfen. Der Autorenkreis ist gewachsen: *Peter Sperlich*, Präsident des Oberverwaltungsgerichts, und *Christian Maierhöfer*, Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts, sind aus der Richterschaft dazu getreten, *Klaus Herrmann* bringt als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht die anwaltliche Perspektive ein. Damit ist das Buch – wie seit der 2. Auflage – weiterhin ein Gemeinschaftswerk von Richtern und Rechtsanwälten. Wir danken den neu hinzu getretenen Autoren für ihren Einsatz und ihre Arbeit!

Die 7. Auflage ist im Jahr 2017 erschienen. Schon damals prägte der Eilrechtsschutz das Geschehen an den Verwaltungsgerichten maßgeblich. Seine Bedeutung wurde allerdings wie unter einem Brennglas deutlich, als in den Jahren 2020 bis 2022 zur Bewältigung der Corona-Pandemie grundrechtsbeschränkende Maßnahmen in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß getroffen wurden, teils durch Rechtsverordnungen, teils durch Allgemeinverfügungen, teils durch Einzel-Verwaltungsakte. Effektiver Rechtsschutz gegen diese, oft schnell aufeinander folgenden Maßnahmen war nur im Eilrechtsschutz zu erreichen, die Einzelheiten stellt → § 68 dar. Es steht uns nicht an, die Rolle der Verwaltungsgerichte in der Pandemie abschließend zu bewerten. Jedenfalls aber waren Erwartungen an die Verwaltungsgerichte überzogen, diese könnten in einer von großer wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Unsicherheit geprägten Situation klüger oder besser informiert sein als andere staatliche Institutionen: Die Gerichte mussten in gleicher Weise mit Unsicherheiten umgehen und bei der Gewichtung von Gesundheitsschutz und Freiheitsrechten schwierige Entscheidungen treffen.

Die Energiewende, aber auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben die Notwendigkeit verdeutlicht, Planung und Realisierung von Infrastrukturvorhaben zu beschleunigen. Dazu bedarf das materielle Zulassungsrecht Verbesserungen. Der Gesetzgeber hat aber auch im Prozessrecht Änderungsbedarf erkannt. Dies betrifft insbesondere Regelungen im Planfeststellungsrecht, etwa Antrags- und Begründungsfristen im Eilverfahren, die verstreut in das Fachplanungsrecht (→ § 63 Rn. 1 ff.) aufgenommen worden sind. Die Beschleunigungsgesetzgebung hat vor der Verwaltungsgerichtsordnung aber nicht halt gemacht: § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3a VwGO lässt nunmehr die aufschiebende Wirkung insbesondere für Klagen gegen Planungen der Bundesverkehrswege entfallen (→ § 35) und § 80c VwGO verändert für einen – eher kleinen, aber praktisch bedeutsamen Anwendungsbereich – die Entscheidungsmaßstäbe für die gerichtliche Eilentscheidung (→ § 63 Rn. 14 ff.). Große Hoffnungen sollte man an diese Regelungen nicht knüpfen: An den zentralen Ursachen für lange Planungsverfahren, insbesondere überkomplexe

rechtliche Anforderungen, unzureichende Personalausstattung und mangelnde Standardisierung, werden sie nichts ändern.

Im Juni 2024 hat das Bundesjustizministerium ein Eckpunktepapier für eine Novelle vorgelegt (s. https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Eckpunkte/Eckpunkte_VwGO_Novelle_II.html). Das Vorhaben wird nach dem Ende der Ampel-Regierung im November 2024 nicht mehr verwirklicht werden. Ob eine neue Bundesregierung diese Ideen erneut aufgreift, ist offen. Einige Reformvorschläge für das gerichtliche Eilverfahren verdienen jedenfalls Unterstützung: Weil das Bundesverwaltungsgericht in Eilverfahren nicht vereinheitlichend wirken kann, können Auffassungsunterschiede zwischen den Oberverwaltungsgerichten teils über Jahrzehnte bestehen bleiben. Aus Sicht der überregional tätigen Anwaltschaft ist das ein Ärgernis: Es war daher zu begrüßen, dass das Eckpunktepapier zwar keine grundstürzenden Änderungen, wohl aber Begrädigungen und Klarstellungen vorgeschlagen hat. So hätte der Gesetzgeber etwa die Voraussetzungen und die Beschwerdefähigkeit von Hängebeschlüssen (→ § 41 Rn. 24, → § 51 Rn. 10) ebenso regeln können wie die Frage, ob es im nachbarrechtlichen Eilrechtsschutz eines vorhergehenden Antrags bei der Behörde bedarf (→ § 47 Rn. 9). Ganz im Sinne *Klaus Finkelburgs* wären solche Änderungen geeignet, „der Praxis zu dienen“.

Potsdam/Leipzig, November 2024

Matthias Dombert

Christoph Külpmann

Bearbeiterverzeichnis

| | |
|--------------------------------------------|-------------------------|
| <i>Prof. Dr. Matthias Dombert:</i> | §§ 1–27, 59, 64, 68 |
| <i>Prof. Dr. Klaus Herrmann:</i> | §§ 28–34, 46, 65, 66 |
| <i>Prof. Dr. Christoph Külpmann:</i> | §§ 35–45, 47–50, 62, 63 |
| <i>Dr. Christian Maierhöfer:</i> | §§ 60, 61 |
| <i>Prof. Peter Sperlich:</i> | §§ 51–58, 67 |

Inhaltsübersicht

| | |
|--------------------------------------|--------|
| Vorwort der 8. Auflage | V |
| Bearbeiterverzeichnis | VII |
| Inhaltsverzeichnis | XIII |
| Abkürzungsverzeichnis | XXIX |
| Abgekürzt zitiertes Schrifttum | XXXVII |

Erster Teil: Das System des vorläufigen Rechtsschutzes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| § 1 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes | 1 |
| § 2 Das System des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes | 4 |

Zweiter Teil: Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| A. Allgemeines | 7 |
| § 3 Vorbemerkung | 7 |
| § 4 Grundsätzliches zu § 123 VwGO | 8 |
| B. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen des Anordnungsverfahrens | 10 |
| § 5 Allgemeines | 10 |
| § 6 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges | 11 |
| § 7 Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts | 16 |
| § 8 Die Statthaftigkeit des Anordnungsverfahrens | 20 |
| § 9 Anforderungen an den Anordnungsantrag | 27 |
| § 10 Die Antragsbefugnis | 27 |
| § 11 Das Fehlen von Verfahrenshindernissen | 29 |
| § 12 Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis | 33 |
| § 13 Sonstige besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen | 41 |
| C. Die materiellen Voraussetzungen und der Inhalt der einstweiligen Anordnung | 42 |
| § 14 Das Verhältnis der beiden Anordnungsformen zueinander | 43 |
| § 15 Die Regelungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO | 44 |
| § 16 Die Sicherungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 1 VwGO | 61 |
| § 17 Die Vorwegnahme der Hauptsache | 72 |
| § 18 Der Inhalt der einstweiligen Anordnung | 91 |
| D. Das gerichtliche Verfahren im ersten Rechtszug | 101 |
| § 19 Grundlagen | 101 |
| § 20 Die Einleitung des Verfahrens | 105 |
| § 21 Der Ablauf des Verfahrens | 111 |
| § 22 Prüfungs- und Beurteilungsgrundsätze | 121 |
| § 23 Der Abschluss des Verfahrens durch Sachentscheidung | 131 |
| § 24 Der Abschluss des Verfahrens ohne Sachentscheidung | 137 |
| E. Kosten, Vollziehung, Folgenbeseitigung | 143 |
| § 25 Die Kosten des Anordnungsverfahrens | 143 |
| § 26 Die Vollziehung der einstweiligen Anordnung | 147 |
| § 27 Erstattungs- und Ersatzansprüche | 153 |

Dritter Teil: Die aufschiebende Wirkung

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| A. Die aufschiebende Wirkung im System des vorläufigen Rechtsschutzes | 160 |
| § 28 Funktion und Begriff der aufschiebenden Wirkung | 160 |
| § 29 Die Rechtsbehelfe mit aufschiebender Wirkung | 170 |
| § 30 Beginn und Ende der aufschiebenden Wirkung | 176 |
| B. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch § 80 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3a VwGO | 184 |
| § 31 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO) | 185 |
| § 32 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei unaufschiebbaren vollzugspolizeilichen Maßnahmen (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO) | 193 |
| § 33 Bundesgesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 1 VwGO) | 196 |
| § 34 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Landesgesetz (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 2 VwGO) | 202 |
| § 35 Der Entfall der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3a VwGO im Bereich der Bundesverkehrswege und Mobilfunknetze | 205 |
| C. Befugnisse der Behörde | 207 |
| § 36 Anordnung der sofortigen Vollziehung im öffentlichen Interesse | 207 |
| § 37 Anordnung der sofortigen Vollziehung im Interesse eines Beteiligten | 224 |
| § 38 Aussetzung der Vollziehung bei einseitig belastenden Verwaltungsakten | 230 |
| § 39 Aussetzung der Vollziehung bei Verwaltungsakten mit belastender Doppelwirkung .. | 235 |
| D. Der gerichtliche Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO | 238 |
| § 40 Zulässigkeit des Antrags | 239 |
| § 41 Der Ablauf des Verfahrens | 254 |
| § 42 Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei zweiseitigen Rechtsverhältnissen | 266 |
| § 43 Aufhebung der Vollziehung | 291 |
| § 44 Aufhebung der formell fehlerhaften Vollzugsanordnung | 294 |
| § 45 Feststellung der aufschiebenden Wirkung | 297 |
| § 46 Gerichtlich angeordnete Fortdauer der aufschiebenden Wirkung | 301 |
| § 47 Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung .. | 305 |
| § 48 Gerichtliche Anordnung der sofortigen Vollziehung | 315 |
| § 49 Sachentscheidung, Kosten und Prozesskostenhilfe | 319 |
| § 50 Erstattungs- und Ersatzansprüche | 325 |

Vierter Teil: Beschwerde und andere Rechtsbehelfe

| | |
|------------------------------------------------------------------|-----|
| A. Die Beschwerde | 329 |
| § 51 Die Zulässigkeit der Beschwerde | 329 |
| § 52 Das gerichtliche Verfahren | 343 |
| § 53 Die Entscheidung des Beschwerdegerichts | 346 |
| B. Das Abänderungs- und Aufhebungsverfahren | 355 |
| § 54 Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO | 355 |
| § 55 Anordnung der Klageerhebung | 368 |
| C. Außerordentliche Rechtsbehelfe | 371 |
| § 56 Die Anhörungsrüge | 371 |
| § 57 Die Gegenvorstellung | 372 |
| § 58 Verfassungsbeschwerde und Eilantrag nach § 32 BVerfGG | 374 |

Fünfter Teil: Eilrechtsschutz im Normenkontrollverfahren

| | |
|------------------------------------------------------------------|-----|
| § 59 Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren | 379 |
|------------------------------------------------------------------|-----|

Sechster Teil: Der Eilrechtsschutz in der praktischen Anwendung

| | |
|------------------------------------------------------------------|-----|
| § 60 Aufenthaltsrecht | 405 |
| § 61 Asylrecht | 422 |
| § 62 Baurecht | 434 |
| § 63 Planfeststellungsrecht und Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz | 449 |
| § 64 Umweltrecht | 462 |
| § 65 Beamtenrecht | 476 |
| § 66 Bildungsrecht | 522 |
| § 67 Versammlungsrecht | 564 |
| § 68 Sicherheits- und Ordnungsrecht | 579 |
| Sachverzeichnis | 589 |

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Das System des vorläufigen Rechtsschutzes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| § 1 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes | 1 |
| I. Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG als verfassungsrechtliche Grundlage des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes | 1 |
| II. Der vorläufige verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz als Ausfluss von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG | 2 |
| § 2 Das System des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes | 4 |
| I. Der vorläufige verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz vor Erlass der VwGO | 4 |
| II. Der vorläufige verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz der VwGO im Überblick ... | 5 |

Zweiter Teil: Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| A. Allgemeines | 7 |
| § 3 Vorbemerkung | 7 |
| § 4 Grundsätzliches zu § 123 VwGO | 8 |
| I. Regelungsanlass und Regelungsinhalt | 8 |
| II. Zum Aufbau des § 123 VwGO | 9 |
| B. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen des Anordnungsverfahrens | 10 |
| § 5 Allgemeines | 10 |
| I. Unterscheidung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit des Anordnungsantrags | 10 |
| II. Die einzelnen Zulässigkeitsvoraussetzungen | 10 |
| § 6 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges | 11 |
| I. Erfordernis des Verwaltungsrechtsweges | 11 |
| II. Zur Bestimmung des Verwaltungsrechtsweges | 12 |
| 1. § 40 VwGO | 12 |
| 2. Der Begriff der Hauptsache | 13 |
| 3. Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges vor und nach Rechtshängigkeit der Hauptsache | 13 |
| III. Ausschluss des Verwaltungsrechtsweges | 14 |
| 1. Ausschluss durch Gesetz | 14 |
| 2. Ausschluss durch Vereinbarung | 14 |
| IV. Zuweisung des Verwaltungsrechtsweges durch bindende Verweisung | 15 |
| V. Notkompetenz | 15 |
| VI. Fortdauer der Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges | 16 |
| § 7 Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts | 16 |
| I. Zuständigkeit vor Rechtshängigkeit der Hauptsache | 16 |
| 1. Sachliche Zuständigkeit | 16 |
| 2. Örtliche Zuständigkeit | 17 |
| II. Zuständigkeit nach Rechtshängigkeit der Hauptsache | 17 |
| 1. Allgemeines | 17 |
| 2. Zuständigkeit des VG | 17 |
| 3. Zuständigkeit des OVG | 18 |
| 4. Keine Zuständigkeit des Revisionsgerichts | 18 |
| 5. Zuständigkeit bei Zwischen- und Teilurteilen | 19 |
| 6. Notkompetenz | 19 |
| III. Fortdauer der Zuständigkeit | 19 |

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| § 8 Die Statthaftigkeit des Anordnungsverfahrens | 20 |
| I. Abgrenzung zu den anderen Rechtsschutzformen | 20 |
| 1. Vorrang des § 47 Abs. 6 VwGO | 21 |
| 2. Ausschluss der einstweiligen Anordnung im Falle des § 44a VwGO | 22 |
| II. Ergänzung des Aussetzungsverfahrens | 23 |
| 1. Vorausgehender Rechtsschutz | 23 |
| 2. Nachfolgender Rechtsschutz | 24 |
| 3. Kumulativer Rechtsschutz | 25 |
| § 9 Anforderungen an den Anordnungsantrag | 27 |
| I. Antragsfordernis | 27 |
| II. Form und Inhalt des Antrags | 27 |
| § 10 Die Antragsbefugnis | 27 |
| § 11 Das Fehlen von Verfahrenshindernissen | 29 |
| I. Keine anderweitige Rechtshängigkeit | 29 |
| II. Keine vorgängige rechtskräftige Entscheidung | 30 |
| 1. Materielle Rechtskraft im Anordnungsverfahren | 30 |
| 2. Zulässigkeit eines Zweitanspruchs | 30 |
| § 12 Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis | 33 |
| I. Verfügbarkeit geeigneter Rechtsschutzmöglichkeiten | 34 |
| 1. Vorliegen eines gerichtlichen Titels | 34 |
| 2. Voreingrifflichkeit anderer Rechtsschutzmöglichkeiten | 35 |
| 3. Voreingrifflichkeit des Vorgehens im Verwaltungsverfahren | 36 |
| II. Entbehrlichkeit des vorläufigen Rechtsschutzes | 37 |
| 1. Fehlendes Sicherungsbedürfnis | 37 |
| 2. Unzulässige Rechtsausübung | 38 |
| 3. Geringfügigkeit, Nutzlosigkeit oder Mutwilligkeit des Antragsbegehrens | 39 |
| III. Besonderes Rechtsschutzbedürfnis bei vorbeugendem Rechtsschutz | 39 |
| § 13 Sonstige besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen | 41 |
| I. Glaubhaftmachung | 41 |
| II. Anordnungsgrund | 41 |
| III. Vorwegnahme der Hauptsache | 42 |
| C. Die materiellen Voraussetzungen und der Inhalt der einstweiligen Anordnung | 42 |
| § 14 Das Verhältnis der beiden Anordnungsformen zueinander | 43 |
| I. Abgrenzung | 43 |
| II. Rangverhältnis | 44 |
| § 15 Die Regelungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO | 44 |
| I. Regelungsanspruch und Regelungsgrund als Entscheidungsvoraussetzung | 45 |
| 1. Regelungsanspruch | 47 |
| 2. Regelungsgrund | 50 |
| 3. Zum Zusammenhang zwischen Regelungsanspruch und Regelungsgrund | 54 |
| II. Interessenabwägung als Entscheidungskriterium | 55 |
| 1. Interessenabwägung bei offener Hauptsachelage | 56 |
| 2. Abwägung aufgrund Komplexität | 56 |
| 3. Interessenabwägung wegen qualifizierter Beeinträchtigung hochrangiger Rechtsgüter | 56 |
| 4. Interessenabwägung bei nicht eindeutiger Hauptsachelage | 57 |
| 5. Keine Abwägung bei negativer Erfolgsprognose | 57 |
| III. Rechtsentscheidung | 58 |
| IV. Zulässige Regelung | 58 |
| 1. Befristungen | 60 |
| 2. Anordnung vorläufiger Verwaltungsakte | 60 |
| 3. Tenorierung vorläufiger Feststellung | 61 |
| § 16 Die Sicherungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 1 VwGO | 61 |
| I. Abgrenzung zu anderen Formen einstweiligen Rechtsschutzes | 61 |
| II. Die materiellen Voraussetzungen der Sicherungsanordnung | 63 |
| 1. Sicherungsanspruch | 64 |
| 2. Sicherungsgrund | 66 |

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| III. Zulässige Sicherungen | 71 |
| IV. Rechtsentscheidung | 71 |
| § 17 Die Vorwegnahme der Hauptsache | 72 |
| I. Begriff der Vorwegnahme | 72 |
| 1. Endgültige Vorwegnahme | 73 |
| 2. Vorläufige Vorwegnahme | 75 |
| 3. Faktische Vorwegnahme | 76 |
| II. Zur Zulässigkeit der Vorwegnahme | 77 |
| 1. Die Begründung der Verwaltungsgerichte für ein Vorwegnahmeverbot | 77 |
| 2. Die Rechtsprechung des BVerfG | 78 |
| 3. Die Kritik der Literatur | 79 |
| III. Die Durchbrechung des Vorwegnahmeverbotes bei der Regelungsanordnung | 80 |
| 1. Vorausbeurteilung der Hauptsache | 80 |
| 2. Folgenabwägung | 86 |
| 3. Interessenabwägung | 86 |
| IV. Die Voraussetzungen für die Vorwegnahme der Hauptsache bei der Sicherungsanordnung | 88 |
| V. Am Beispiel des Anspruches auf Neubeseidung: Die Überschreitung der Hauptsache | 88 |
| 1. Bisheriger Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur | 89 |
| 2. Aktuelle Tendenzen in der Rechtsprechung | 89 |
| § 18 Der Inhalt der einstweiligen Anordnung | 91 |
| I. Auswahlermessen des Gerichts | 91 |
| II. Entscheidungsinhalte | 92 |
| 1. Gerichtliche Gestaltungsmöglichkeiten | 92 |
| 2. Nebenbestimmungen | 94 |
| III. Grenzen der Gestaltung | 96 |
| 1. Begrenzung durch das Antragsbegehren | 96 |
| 2. Begrenzung durch das Klagebegehren | 97 |
| 3. Begrenzung durch den Normzweck | 97 |
| 4. Begrenzung durch das materielle Recht | 98 |
| 5. Begrenzung auf das Erforderliche | 99 |
| 6. Begrenzung auf die Hauptbeteiligten | 100 |
| 7. Begrenzung auf Verpflichtungen der Verwaltung | 100 |
| D. Das gerichtliche Verfahren im ersten Rechtszug | 101 |
| § 19 Grundlagen | 101 |
| I. Rechtsnatur des Anordnungsverfahrens | 101 |
| 1. Selbstständigkeit des Verfahrens | 101 |
| 2. Gegenstand des Verfahrens | 102 |
| II. Anwendbare Verfahrensvorschriften | 103 |
| III. Verfahrensbeteiligte | 103 |
| 1. Antragsteller, Antragsgegner | 103 |
| 2. Beigeladene | 103 |
| 3. Vertretung der Beteiligten | 104 |
| § 20 Die Einleitung des Verfahrens | 105 |
| I. Adressat des Antrags | 105 |
| II. Form des Antrags | 106 |
| III. Inhalt des Antrags | 106 |
| 1. Angabe der Verfahrensbeteiligten und des Verfahrensgegenstands | 106 |
| 2. Fassung des Antrags | 107 |
| 3. Begründung des Antrags | 109 |
| 4. Nachbesserung eines ergänzungsbedürftigen Antrags | 109 |
| IV. Zeitpunkt der Antragstellung | 110 |
| V. Rechtswirkungen der Antragstellung | 110 |
| 1. Rechtshängigkeit des Anordnungsverfahrens | 110 |
| 2. Keine Rechtshängigkeit des Hauptsacheverfahrens | 111 |

| | |
|--------------------------------------------------------------|-----|
| § 21 Der Ablauf des Verfahrens | 111 |
| I. Zuständigkeit des Vorsitzenden oder des Berichterstatters | 112 |
| II. Befugnisse des Vorsitzenden und des Berichterstatters | 113 |
| III. Freigestellte mündliche Verhandlung | 114 |
| IV. Gewährung rechtlichen Gehörs | 114 |
| V. Zwischenentscheidungen | 116 |
| 1. Vorläufige Regelungen aufgrund von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG | 116 |
| 2. Aussetzung des Verfahrens | 118 |
| 3. Ruhen des Verfahrens | 121 |
| § 22 Prüfungs- und Beurteilungsgrundsätze | 121 |
| I. Summarische Prüfung | 122 |
| II. Tatsachenfeststellung | 124 |
| 1. Beweiserleichterung durch Glaubhaftmachung | 124 |
| 2. Glaubhaftmachung und Untersuchungsgrundsatz (§ 86 VwGO) | 125 |
| 3. Umfang der Glaubhaftmachung | 127 |
| 4. Mittel der Glaubhaftmachung | 127 |
| 5. Beweislast | 129 |
| III. Rechtliche Beurteilung | 130 |
| IV. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt | 130 |
| 1. Anordnungsanspruch | 130 |
| 2. Anordnungsgrund | 130 |
| § 23 Der Abschluss des Verfahrens durch Sachentscheidung | 131 |
| I. Zuständigkeit im Spruchkörper | 131 |
| 1. Zuständigkeit der Kammer | 131 |
| 2. Eilzuständigkeit des Vorsitzenden | 131 |
| 3. Zuständigkeit des Einzelrichters | 132 |
| II. Form der Entscheidung | 132 |
| III. Inhalt der Entscheidung | 133 |
| 1. Erfolgsloser Antrag | 133 |
| 2. Erfolgreicher Antrag | 134 |
| IV. Nebenentscheidungen | 134 |
| 1. Kosten | 134 |
| 2. Streitwert | 135 |
| V. Bekanntgabe der Entscheidung | 136 |
| VI. Rechtswirkungen der Entscheidung | 136 |
| VII. Geltungsdauer der Entscheidung | 137 |
| § 24 Der Abschluss des Verfahrens ohne Sachentscheidung | 137 |
| I. Erledigung der Hauptsache | 138 |
| 1. Beiderseitige Erledigungserklärungen | 138 |
| 2. Einseitige Erledigungserklärung | 138 |
| 3. Eintritt der Erledigung | 139 |
| 4. Kein Fortsetzungsfeststellungsantrag | 140 |
| II. Rücknahme des Antrags | 141 |
| III. Verzicht, Anerkenntnis | 141 |
| 1. Verzicht | 141 |
| 2. Anerkenntnis | 142 |
| IV. Vergleich | 142 |
| E. Kosten, Vollziehung, Folgenbeseitigung | 143 |
| § 25 Die Kosten des Anordnungsverfahrens | 143 |
| I. Erstattungsfähige Kosten | 143 |
| II. Streitwertbemessung | 143 |
| III. Prozesskostenhilfe | 145 |
| 1. Bewilligung durch das erstinstanzliche Gericht | 145 |
| 2. Bewilligung durch das Rechtsmittelgericht | 146 |
| § 26 Die Vollziehung der einstweiligen Anordnung | 147 |
| I. Die einstweilige Anordnung als Vollstreckungstitel | 147 |
| II. Die Vollziehungsfrist nach § 929 Abs. 2 ZPO | 147 |

| | |
|-------------------------------------------------------------------------|-----|
| III. Die Vollstreckung als Mittel der Vollziehung | 149 |
| 1. Vollstreckung zugunsten der öffentlichen Hand | 149 |
| 2. Vollstreckung gegen die öffentliche Hand | 150 |
| § 27 Erstattungs- und Ersatzansprüche | 153 |
| I. Erstattungsansprüche | 153 |
| II. Schadensersatzansprüche | 153 |
| 1. Schadensersatzpflicht bei ungerechtfertigter einstweiliger Anordnung | 154 |
| 2. Schadensersatzpflicht bei Aufhebung nach § 926 Abs. 2 ZPO | 155 |
| 3. Inhalt der Schadensersatzpflicht | 155 |
| III. Anspruchskonkurrenz | 157 |
| IV. Prozessuale Geltendmachung | 157 |
| V. Praktische Bedeutung | 158 |

Dritter Teil: Die aufschiebende Wirkung

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| A. Die aufschiebende Wirkung im System des vorläufigen Rechtsschutzes | 160 |
| § 28 Funktion und Begriff der aufschiebenden Wirkung | 160 |
| I. Rechtsschutz vor dem Verwaltungsakt durch aufschiebende Wirkung | 160 |
| 1. Der Verwaltungsakt und seine Wirksamkeit | 160 |
| 2. Die aufschiebende Wirkung als Instrument vorläufiger Rechtsschutzgewährung | 161 |
| II. Begriff und Bedeutung der aufschiebenden Wirkung | 162 |
| 1. Die aufschiebende Wirkung als Hemmung der Vollziehung | 163 |
| 2. Der Begriff der „Vollziehung“ in § 80 VwGO | 164 |
| III. Die Bedeutung der aufschiebenden Wirkung bei den verschiedenen Arten von Verwaltungsakten | 164 |
| 1. Die aufschiebende Wirkung beim belastenden Verwaltungsakt | 164 |
| 2. Die aufschiebende Wirkung beim rechtsgestaltenden Verwaltungsakt | 167 |
| 3. Die aufschiebende Wirkung beim feststellenden Verwaltungsakt | 168 |
| 4. Die aufschiebende Wirkung beim Verwaltungsakt mit Doppelwirkung | 168 |
| § 29 Die Rechtsbehelfe mit aufschiebender Wirkung | 170 |
| I. Die Anfechtungsklage | 170 |
| 1. Unmittelbare oder latente aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklage | 170 |
| 2. Gegenstand der Anfechtungsklage | 171 |
| 3. Die Anfechtung von Ablehnungsbescheiden | 172 |
| 4. Anfechtung bei angemaßter Rechtsposition | 173 |
| II. Die Aufsichtsklage | 173 |
| III. Die Verbandsklage | 173 |
| IV. Widerspruch | 174 |
| V. Aufschiebende Wirkung bei unzulässigem Rechtsbehelf? | 174 |
| VI. Klärung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht | 176 |
| § 30 Beginn und Ende der aufschiebenden Wirkung | 176 |
| I. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung | 177 |
| 1. Die selbstbewirkte Herbeiführung der aufschiebenden Wirkung | 177 |
| 2. Herbeiführung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht | 177 |
| 3. Der Begünstigte der aufschiebenden Wirkung | 178 |
| 4. Rückwirkender Eintritt der aufschiebenden Wirkung | 179 |
| II. Das Ende der aufschiebenden Wirkung | 180 |
| 1. Ende der aufschiebenden Wirkung durch Eintritt der Unanfechtbarkeit des Verwaltungsakts | 180 |
| 2. Ende der aufschiebenden Wirkung durch behördliche Entscheidung | 181 |
| 3. Ende der aufschiebenden Wirkung durch gerichtliche Entscheidung | 181 |
| 4. Kein Ende der aufschiebenden Wirkung während des erfolgreichen Rechtsmittelverfahrens | 182 |
| 5. Ende der aufschiebenden Wirkung durch Zeitablauf nach erfolglosem Klageverfahren | 182 |

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| B. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch § 80 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3a VwGO .. | 184 |
| § 31 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO) | 185 |
| I. Die Anforderung öffentlicher Abgaben | 185 |
| 1. Geldleistungen mit Finanzierungsfunktion | 186 |
| 2. Abgaben, die nicht unter § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO fallen | 189 |
| 3. Die Anforderung öffentlicher Abgaben | 190 |
| II. Kosten | 190 |
| 1. Begriff der öffentlichen Kosten | 190 |
| 2. Anfordern | 192 |
| § 32 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei unaufschiebbaren vollzugspolizeilichen Maßnahmen (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO) | 193 |
| I. Unaufschiebbare vollzugspolizeiliche Anordnungen oder Maßnahmen | 194 |
| 1. Vollzugspolizeilicher Verwaltungsakt | 194 |
| 2. Unaufschiebbarkeit | 194 |
| II. Entsprechende Anwendung des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO auf Verkehrszeichen | 195 |
| § 33 Bundesgesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 1 VwGO) | 196 |
| I. Bedeutung und Grenzen eines bundesgesetzlichen Ausschlusses der aufschiebenden Wirkung | 196 |
| 1. Nur deklaratorische Bedeutung für die Bundesgesetzgebung | 196 |
| 2. Ausschluss durch förmliches und ausdrückliches Gesetz | 196 |
| 3. Der vorläufige Rechtsschutz in den Fällen des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO | 197 |
| II. Beispiele für den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Bundesgesetz | 197 |
| 1. Bau- und Raumordnungsrecht | 197 |
| 2. Fachplanungsrecht | 198 |
| 3. Gesetze der Gefahrenabwehr | 199 |
| 4. Gesetze auf dem Gebiet der Wirtschaft | 200 |
| 5. Öffentliches Dienstrecht | 200 |
| 6. Ausländer- und Asylrecht | 201 |
| 7. Sonstige Gesetze | 201 |
| § 34 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Landesgesetz (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 2 VwGO) | 202 |
| I. § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 2 VwGO als Kompetenznorm für den Landesgesetzgeber | 202 |
| II. Der landesrechtliche Ausschluss der aufschiebenden Wirkung | 203 |
| III. Rechtsschutz bei landesgesetzlichem Ausschluss der aufschiebenden Wirkung | 205 |
| § 35 Der Entfall der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3a VwGO im Bereich der Bundesverkehrswege und Mobilfunknetze | 205 |
| 1. Bundesverkehrswege | 206 |
| 2. Mobilfunknetze | 207 |
| C. Befugnisse der Behörde | 207 |
| § 36 Anordnung der sofortigen Vollziehung im öffentlichen Interesse | 207 |
| I. Funktion und Bedeutung | 207 |
| II. Zuständigkeit | 208 |
| III. Zeitpunkt | 209 |
| IV. Verfahren | 209 |
| V. Form | 210 |
| 1. Besondere Anordnung | 210 |
| 2. Keine Schriftform | 211 |
| 3. Rechtsbehelfsbelehrung | 211 |
| VI. Begründung | 211 |
| 1. Zweck der Begründungspflicht | 211 |
| 2. Formelle Anforderungen | 212 |
| 3. Inhaltliche Anforderungen | 212 |
| 4. Die Folgen unzureichender Begründung | 214 |
| 5. Keine Begründungspflicht bei Notstandsmaßnahmen | 215 |

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| VII. Besonderes Vollzugsinteresse | 215 |
| 1. Der Begriff des besonderen öffentlichen Vollzugsinteresses | 216 |
| 2. Beispiele überwiegenden öffentlichen Vollzugsinteresses | 217 |
| VIII. Regelungsumfang | 222 |
| 1. Sachliche Reichweite | 222 |
| 2. Persönliche Reichweite | 223 |
| IX. Wirkung | 223 |
| 1. Materielle Wirkungen | 223 |
| 2. Eintritt und Dauer | 224 |
| § 37 Anordnung der sofortigen Vollziehung im Interesse eines Beteiligten | 224 |
| I. Funktion und Bedeutung | 224 |
| II. Formelle Rechtmäßigkeit | 226 |
| 1. Zuständigkeit | 226 |
| 2. Zeitpunkt | 226 |
| 3. Verfahren | 226 |
| 4. Form | 227 |
| 5. Begründung | 227 |
| III. Entscheidungsmaßstab | 227 |
| 1. Begünstigender Verwaltungsakt mit drittbelastender Doppelwirkung | 228 |
| 2. Belastender Verwaltungsakt mit drittbegünstigender Doppelwirkung | 229 |
| IV. Inhalt | 229 |
| 1. Hauptsache | 229 |
| 2. Nebenbestimmungen | 230 |
| § 38 Aussetzung der Vollziehung bei einseitig belastenden Verwaltungsakten | 230 |
| I. Funktion und Bedeutung | 230 |
| II. Formelle Rechtmäßigkeit | 231 |
| 1. Zuständigkeit | 231 |
| 2. Zeitpunkt | 231 |
| 3. Verfahren | 232 |
| III. Maßstab der behördlichen Entscheidung | 232 |
| 1. Kein Ausschluss der Aussetzungsbefugnis | 232 |
| 2. Verwaltungsakte zur Anforderung öffentlicher Abgaben oder Kosten | 232 |
| 3. Verwaltungsakte nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 bis 3a oder S. 2 | 233 |
| 4. Verwaltungsakte, deren sofortige Vollziehung angeordnet ist | 234 |
| 5. Faktische Vollziehung | 234 |
| IV. Inhalt und Wirkung | 235 |
| § 39 Aussetzung der Vollziehung bei Verwaltungsakten mit belastender Doppelwirkung | 235 |
| I. Funktion und Bedeutung | 235 |
| II. Zuständigkeit | 236 |
| III. Verfahren | 236 |
| 1. Antrag | 236 |
| 2. Anhörung und Zeitpunkt | 236 |
| IV. Maßstab der behördlichen Aussetzungsentscheidung | 236 |
| V. Inhalt und Wirkung | 237 |
| 1. Aussetzung der Vollziehung nach § 80a Abs. 1 S. 2 VwGO | 237 |
| 2. Sicherungsmaßnahmen | 237 |
| D. Der gerichtliche Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO | 238 |
| § 40 Zulässigkeit des Antrags | 239 |
| I. Die Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs | 240 |
| II. Zuständigkeit des Gerichts der Hauptsache | 241 |
| 1. Gericht der Hauptsache vor Klageerhebung | 241 |
| 2. Gericht der Hauptsache nach Klageerhebung | 242 |
| 3. Gericht der Hauptsache bei Massenverfahren | 243 |
| 4. Zwischen- und Teilentscheidungen | 243 |
| III. Die innergerichtliche Zuständigkeit | 243 |
| 1. Zuständigkeit und Besetzung des Spruchkörpers | 243 |

| | | |
|-------|-----------------------------------------------------------------------------|-----|
| | 2. Zuständigkeit des Vorsitzenden oder Berichterstatters | 244 |
| | 3. Eilzuständigkeit des Vorsitzenden nach § 80 Abs. 8 VwGO | 244 |
| IV. | Statthaftigkeit | 245 |
| V. | Antragsbefugnis | 245 |
| VI. | Einleitung des Verfahrens | 246 |
| | 1. Form des Antrags | 246 |
| | 2. Inhalt des Antrags | 247 |
| | 3. Antragsfrist | 248 |
| | 4. Begründungsobliegenheiten | 249 |
| VII. | Rechtsschutzbedürfnis | 250 |
| | 1. Abwehr der Vollziehung | 250 |
| | 2. Verwirkung | 251 |
| VIII. | Vorherige Antragstellung bei der Behörde | 252 |
| | 1. Anforderung öffentlicher Abgaben und Kosten | 252 |
| | 2. In den Fällen des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 bis 4 und S. 2 | 254 |
| IX. | Anderweitige Anhängigkeit | 254 |
| § 41 | Der Ablauf des Verfahrens | 254 |
| | I. Die Beteiligten des Verfahrens | 255 |
| | 1. Antragsgegner | 255 |
| | 2. Beiladung | 255 |
| | II. Keine vorläufige Festsetzung des Streitwerts | 256 |
| III. | Mündliche Verhandlung | 256 |
| IV. | Rechtliches Gehör und Akteneinsichtsrecht | 257 |
| | 1. Rechtliches Gehör | 257 |
| | 2. Akteneinsichtsrecht | 258 |
| V. | Tatsachenermittlung und Beweis | 258 |
| | 1. Amtsermittlung | 258 |
| | 2. Beweisaufnahme | 259 |
| | 3. Glaubhaftmachung | 259 |
| VI. | Zwischenentscheidung („Hängebeschluss“) | 260 |
| VII. | Aussetzung des Verfahrens | 261 |
| | 1. Vorgeiflichkeit eines anderen Verfahrens (§ 94 VwGO) | 261 |
| | 2. Vorlage nach Art. 100 Abs. 1 GG | 261 |
| | 3. Vorlage nach Art. 267 AEUV | 262 |
| VIII. | Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung | 263 |
| | 1. Rücknahme des Antrages | 263 |
| | 2. Erledigung des Verfahrens | 264 |
| | 3. Vergleich | 266 |
| § 42 | Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei zweiseitigen Rechtsverhältnissen | 266 |
| | I. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen | 266 |
| | 1. Statthaftigkeit | 266 |
| | 2. Zeitpunkt der Antragstellung | 269 |
| | II. Entscheidungsmaßstab | 271 |
| | 1. Entscheidungszeitpunkt | 271 |
| | 2. Vorläufiger Charakter | 273 |
| | 3. Materieller Entscheidungsmaßstab | 275 |
| III. | Die gerichtliche Entscheidung | 286 |
| | 1. Tenor | 286 |
| | 2. Aufhebung der Vollziehung | 286 |
| | 3. Auflagen und andere Nebenbestimmungen | 286 |
| IV. | Wirkung der gerichtlichen Entscheidung | 289 |
| | 1. Gestaltungswirkung | 289 |
| | 2. Vollstreckbarkeit | 290 |
| | 3. Verbot erneuter Vollzugsanordnung | 290 |
| § 43 | Aufhebung der Vollziehung | 291 |
| | I. Funktion und Bedeutung | 291 |
| | II. Statthaftigkeit | 292 |
| III. | Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung | 293 |
| | 1. Entscheidungsmaßstab | 293 |

| | | |
|------|----------------------------------------------------------------------------------|-----|
| | 2. Der Begriff der Aufhebung der Vollziehung | 294 |
| | 3. Durchsetzung einer Anordnung nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO | 294 |
| § 44 | Aufhebung der formell fehlerhaften Vollzugsanordnung | 294 |
| | I. Funktion und Bedeutung | 295 |
| | II. Zulässigkeit | 296 |
| | III. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung | 296 |
| | IV. Wirkung der gerichtlichen Entscheidung | 296 |
| § 45 | Feststellung der aufschiebenden Wirkung | 297 |
| | I. Funktion und Bedeutung | 297 |
| | II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen | 299 |
| | 1. Statthaftigkeit | 299 |
| | 2. Rechtsschutzbedürfnis | 300 |
| | III. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung | 300 |
| | 1. Feststellung der aufschiebenden Wirkung | 300 |
| | 2. Aufhebung der Vollziehung | 301 |
| | IV. Wirkung der Entscheidung | 301 |
| | 1. Verbot weiteren Vollzuges | 301 |
| | 2. Vollstreckbarkeit | 301 |
| | 3. Kein Verbot einer Anordnung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO | 301 |
| § 46 | Gerichtlich angeordnete Fortdauer der aufschiebenden Wirkung | 301 |
| | I. Antragstellung | 302 |
| | 1. Antragerfordernis | 302 |
| | 2. Kein behördliches Vorverfahren | 303 |
| | II. Das gerichtliche Verfahren | 303 |
| | 1. Entscheidungsmaßstab | 304 |
| | 2. Inhalt der Entscheidung | 304 |
| § 47 | Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung | 305 |
| | I. Funktion und Bedeutung | 305 |
| | II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen | 306 |
| | 1. Statthafter Antrag | 306 |
| | 2. Antragsbefugnis | 307 |
| | 3. Rechtsschutzbedürfnis | 307 |
| | III. Entscheidungsmaßstab | 308 |
| | 1. Entscheidungszeitpunkt und Ermittlungstiefe | 308 |
| | 2. Materieller Entscheidungsmaßstab | 309 |
| | IV. Die gerichtliche Entscheidung | 312 |
| | 1. Tenor | 312 |
| | 2. Einstweilige Sicherungsmaßnahmen | 312 |
| | 3. Wirkung | 313 |
| | V. Faktische Vollziehung | 314 |
| | 1. Funktion und Bedeutung | 314 |
| | 2. Statthafter Antrag | 314 |
| | 3. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung | 314 |
| § 48 | Gerichtliche Anordnung der sofortigen Vollziehung | 315 |
| | I. Funktion und Bedeutung | 315 |
| | II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen | 316 |
| | 1. Statthafter Antrag | 316 |
| | 2. Rechtsschutzbedürfnis | 316 |
| | III. Entscheidungsmaßstab | 317 |
| | 1. Antrag des begünstigten Adressaten | 317 |
| | 2. Antrag des begünstigten Dritten | 318 |
| | IV. Die gerichtliche Entscheidung | 319 |
| | 1. Inhalt | 319 |
| | 2. Wirkung | 319 |
| § 49 | Sachentscheidung, Kosten und Prozesskostenhilfe | 319 |
| | I. Die instanzbeendende Entscheidung | 320 |
| | 1. Form | 320 |
| | 2. Hauptsachetenor | 320 |

| | |
|-------------------------------------------------------------------------|-----|
| 3. Kostengrundentscheidung | 320 |
| 4. Streitwertfestsetzung | 321 |
| II. Kostenhöhe | 322 |
| 1. Gerichtskosten | 322 |
| 2. Rechtsanwaltsgebühren | 322 |
| 3. Sonstige Kosten | 324 |
| III. Prozesskostenhilfe | 324 |
| IV. Wirksamwerden der Entscheidung | 325 |
| § 50 Erstattungs- und Ersatzansprüche | 325 |
| I. Ersatzansprüche nach Vollziehung eines Verwaltungsakts | 325 |
| 1. Kein Schadensersatz nach § 945 ZPO oder § 717 Abs. 2 S. 1 ZPO | 325 |
| 2. Amtshaftungsanspruch | 326 |
| 3. Enteignungsgleicher/aufopferungsgleicher Eingriff | 327 |
| 4. Folgenbeseitigungs- und Folgenentschädigungsanspruch | 327 |
| II. Ersatzansprüche der Behörde oder eines Dritten nach Vollzugshemmung | 328 |
| 1. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch | 328 |
| 2. Kein Schadensersatzanspruch der Behörde | 328 |
| 3. Kein Schadensersatzanspruch des Begünstigten | 328 |

Vierter Teil: Beschwerde und andere Rechtsbehelfe

| | |
|----------------------------------------------------------|-----|
| A. Die Beschwerde | 329 |
| § 51 Die Zulässigkeit der Beschwerde | 329 |
| I. Anwendbare Vorschriften | 329 |
| 1. Die Regelungen des Beschwerdeverfahrens in der VwGO | 329 |
| 2. Die Sonderregelung des § 146 Abs. 4 VwGO | 330 |
| II. Statthaftigkeit der Beschwerde | 331 |
| 1. Beschwerdefähige Entscheidungen | 331 |
| 2. Anschlussbeschwerde | 332 |
| 3. Anfechtbarkeit von Zwischenentscheidungen | 332 |
| 4. Untätigkeitsbeschwerde | 333 |
| III. Beschwerdebefugnis | 334 |
| IV. Form und Frist | 334 |
| V. Vertretungszwang | 335 |
| VI. Begründungsanforderungen nach § 146 Abs. 4 VwGO | 335 |
| 1. Begründungsfrist | 336 |
| 2. Bestimmter Antrag | 337 |
| 3. Beschwerdebegründung | 338 |
| VII. Rechtsschutzbedürfnis | 341 |
| VIII. Prozesskostenhilfe | 342 |
| § 52 Das gerichtliche Verfahren | 343 |
| I. Zuständigkeit | 343 |
| II. Verfahrensablauf | 343 |
| III. Vorläufige Regelungen | 344 |
| § 53 Die Entscheidung des Beschwerdegerichts | 346 |
| I. Form der Entscheidung und Besetzung des Spruchkörpers | 346 |
| II. Maßstab der Entscheidung | 346 |
| 1. Maßgeblicher Zeitpunkt | 346 |
| 2. Prüfungsumfang | 348 |
| III. Inhalt der Entscheidung | 350 |
| 1. Erfolglose Beschwerde | 350 |
| 2. Erfolgreiche Beschwerde | 350 |
| 3. Nebenentscheidungen | 352 |
| 4. Bekanntgabe und Rechtswirkung | 353 |
| 5. Abschluss ohne Sachentscheidung | 354 |

| | |
|---------------------------------------------------------------------------|-----|
| B. Das Abänderungs- und Aufhebungsverfahren | 355 |
| § 54 Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO | 355 |
| I. Funktion und Bedeutung | 356 |
| II. Analoge Anwendung auf Beschlüsse nach § 123 VwGO | 356 |
| III. Zulässigkeit | 358 |
| 1. Statthaftigkeit | 358 |
| 2. Einleitung von Amts wegen | 360 |
| 3. Einleitung auf Antrag | 361 |
| 4. Zuständiges Gericht | 364 |
| 5. Beteiligte | 364 |
| 6. Antragsfrist | 365 |
| 7. Rechtsschutzbedürfnis | 366 |
| IV. Das gerichtliche Verfahren | 366 |
| V. Die gerichtliche Entscheidung | 366 |
| 1. Form | 366 |
| 2. Maßstab | 366 |
| 3. Inhalt | 367 |
| 4. Kostenentscheidung | 367 |
| 5. Kostenhöhe | 367 |
| VI. Rechtsmittel | 368 |
| § 55 Anordnung der Klageerhebung | 368 |
| I. Das Fristsetzungs- und Aufhebungsverfahren nach § 926 Abs. 1 ZPO | 368 |
| 1. Rechtsschutzziel | 368 |
| 2. Das Fristsetzungsverfahren nach § 926 Abs. 1 ZPO | 369 |
| 3. Das Aufhebungsverfahren nach § 926 Abs. 2 ZPO | 370 |
| II. Das Aufhebungsverfahren nach § 939 ZPO | 370 |
| C. Außerordentliche Rechtsbehelfe | 371 |
| § 56 Die Anhörungsrüge | 371 |
| I. Bedeutung und Funktion | 371 |
| II. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen | 372 |
| § 57 Die Gegenvorstellung | 372 |
| I. Außerordentlicher Rechtsbehelf | 372 |
| II. Eingeschränkter Anwendungsbereich | 373 |
| § 58 Verfassungsbeschwerde und Eilantrag nach § 32 BVerfGG | 374 |
| I. Grundsätze | 374 |
| II. Erschöpfung des Rechtswegs | 375 |
| III. Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde | 375 |
| IV. Eilantrag nach § 32 BVerfGG | 377 |
| 1. Akzessorischer Charakter des Eilantrags | 377 |
| 2. Zulässigkeit des Eilantrags beim BVerfG | 377 |
| 3. Begründetheit des Eilantrags beim BVerfG | 377 |

Fünfter Teil: Eilrechtsschutz im Normenkontrollverfahren

| | |
|------------------------------------------------------------------|-----|
| § 59 Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren | 379 |
| I. Einleitung | 380 |
| II. Die Normstruktur des § 47 Abs. 6 VwGO | 381 |
| III. Zulässigkeitsvoraussetzungen | 382 |
| 1. Zuständiges Gericht | 382 |
| 2. Antrag | 382 |
| 3. Beteiligte | 382 |
| 4. Zeitpunkt des Antrags | 384 |
| 5. Inhalt des Antrags | 385 |
| 6. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts | 386 |
| 7. Normenkontrollfähige Rechtsvorschrift | 387 |
| 8. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis | 390 |

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| IV. Begründetheit des Antrags auf Erlass der einstweiligen Anordnung | 391 |
| 1. Herkömmliches Prüfungsschema: das Abwägungsmodell | 392 |
| 2. Die Rechtsprechung des BVerwG zu § 47 Abs. 6 VwGO | 394 |
| 3. Zur Kritik am Abwägungsmodell | 395 |
| 4. Folgenabwägung | 398 |
| V. Die gerichtliche Entscheidung | 399 |
| 1. Form der Entscheidung | 400 |
| 2. Inhalt der Entscheidung | 400 |
| 3. Wirkung und Dauer der Entscheidung | 402 |
| VI. Rechtsmittel | 403 |
| VII. Abänderung | 403 |
| VIII. Schadensersatz | 404 |
| Sechster Teil: Der Eilrechtsschutz in der praktischen Anwendung | |
| § 60 Aufenthaltsrecht | 405 |
| I. Ablehnung der Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels | 405 |
| 1. Abgrenzung zwischen § 80 Abs. 5 und § 123 VwGO | 405 |
| 2. Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 5 VwGO) | 407 |
| 3. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (§ 123 VwGO) | 408 |
| II. Ausweisung | 409 |
| 1. Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO | 409 |
| 2. Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO | 410 |
| 3. Einreise- und Aufenthaltsverbot (§ 11 Abs. 1 Alt. 1, Abs. 2 S. 1 AufenthaltG) | 412 |
| III. Rechtsstellung des Ausländers während der aufschiebenden Wirkung seines Rechtsbehelfs gegen einen die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts beendenden Verwaltungsakt | 413 |
| IV. Abschiebung, Abschiebungsandrohung, Duldung und Rückholung | 414 |
| 1. Abschiebungsandrohung (§ 59 AufenthG) | 414 |
| 2. Duldung | 416 |
| 3. Folgenbeseitigung nach Abschiebung | 419 |
| V. Freizügigkeitsrecht EU | 421 |
| § 61 Asylrecht | 422 |
| I. Allgemeine verfahrensrechtliche Besonderheiten | 423 |
| 1. Anwendungsbereich des asylrechtlichen Sonderprozessrechts | 423 |
| 2. Statthaftes Verfahren und Ausschluss der aufschiebenden Wirkung | 423 |
| 3. Örtliche Zuständigkeit des Gerichts | 424 |
| 4. Rechtsschutzbedürfnis | 425 |
| 5. Originärer Einzelrichter | 425 |
| 6. Beschwerdeausschluss | 425 |
| II. Der vorläufige Rechtsschutz im Einzelnen | 426 |
| 1. Einfach unbegründeter Asylantrag | 426 |
| 2. Nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 oder 4 AsylG unzulässiger oder offensichtlich unbegründeter Asylantrag | 426 |
| 3. Anordnung der Abschiebung in einen Drittstaat oder zuständigen Staat (§ 34a AsylG) | 428 |
| 4. Erfolgreicher Folgeantrag und Zweitantrag | 430 |
| 5. Einreise- und Aufenthaltsverbot | 433 |
| 6. Rücknahme und Widerruf | 433 |
| § 62 Baurecht | 434 |
| I. Städtebauliche Planung | 434 |
| 1. Vorläufiger Rechtsschutz gegenüber einem Bebauungsplan | 434 |
| 2. Veränderungssperre | 437 |
| 3. Zurückstellung eines Baugesuchs | 439 |
| II. Vorläufiger Rechtsschutz bei Nachbarstreitigkeiten | 440 |
| 1. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch § 212a Abs. 1 BauGB | 440 |
| 2. Antrag des Dritten auf behördliches Einschreiten | 442 |
| 3. Antrag des Dritten auf gerichtliche Anordnung der aufschiebenden Wirkung | 443 |

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 4. Vorläufiger Rechtsschutz bei genehmigungsfreien Vorhaben | 444 |
| 5. Vorläufiger Rechtsschutz für die Gemeinde | 444 |
| III. Vorläufiger Rechtsschutz bei bauaufsichtsbehördlichen Maßnahmen | 445 |
| 1. Baueinstellung | 445 |
| 2. Versiegelung der Baustelle | 446 |
| 3. Nutzungsuntersagung | 447 |
| 4. Beseitigungsanordnung | 448 |
| § 63 Planfeststellungsrecht und Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz | 449 |
| I. Planfeststellungsrecht | 449 |
| 1. Einleitung des Verfahrens | 450 |
| 2. Statthaftigkeit des Antrags | 450 |
| 3. Antragsbefugnis | 451 |
| 4. Antrags- und Begründungsfrist | 451 |
| 5. Begründetheit des Eilantrags | 453 |
| 6. Geltungsdauer eines stattgebenden Beschlusses | 457 |
| II. Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz | 457 |
| 1. Zulassung (potentiell) UVP-pflichtiger Vorhaben durch Verwaltungsakt | 458 |
| 2. Zulassung sonstiger Vorhaben | 460 |
| 3. Bedeutung des UmwRG in der Normenkontrolle | 460 |
| § 64 Umweltrecht | 462 |
| I. Bodenschutz- und Altlastenrecht | 463 |
| 1. Zu den Voraussetzungen einer Drittanfechtung bodenschutzrechtlicher Maßnahmen | 464 |
| 2. Zum Erfordernis eines Aussetzungsantrages nach §§ 80a Abs. 3 S. 2, 80 Abs. 6 VwGO | 464 |
| 3. Zu den Auswirkungen des Art. 20a GG auf die Abwägung zwischen Vollzugs- und Verschonungsinteresse | 465 |
| 4. Zum Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 VwGO | 466 |
| 5. Zum Rechtsschutzinteresse | 467 |
| 6. Zum Umfang der gerichtlichen Sachverhaltsaufklärung in bodenschutzrechtlichen Eilfällen | 467 |
| II. Kreislaufwirtschaftsrecht | 467 |
| 1. Zur Begründung nach § 80 Abs. 3 VwGO | 468 |
| 2. Zum Prüfungsmaßstab im Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO | 469 |
| 3. Zur Anwendung des § 123 VwGO in abfallrechtlichem Zusammenhang | 470 |
| III. Immissionsschutzrecht | 470 |
| 1. Zum Erfordernis eines Aussetzungsantrags nach §§ 80a Abs. 3 S. 2, 80 Abs. 6 S. 1 VwGO | 470 |
| 2. Zur Antragsbefugnis | 471 |
| 3. Zum Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 VwGO | 472 |
| 4. Zum Prüfungsmaßstab | 472 |
| 5. Zum Umfang der gerichtlichen Sachverhaltsaufklärung in immissionsschutzrechtlichen Eilverfahren | 473 |
| IV. Wasserrecht | 473 |
| V. Naturschutzrecht | 474 |
| 1. Zum Vollzugsinteresse | 475 |
| 2. Zur Antragsbefugnis | 475 |
| 3. Zum Umfang der Sachverhaltsaufklärung | 475 |
| § 65 Beamtenrecht | 476 |
| Einleitung | 478 |
| I. Sicherung des Anspruchs auf lebenszeitige, amtsangemessene Beschäftigung | 478 |
| 1. Inhalt | 478 |
| 2. Zwangsbeurlaubung | 479 |
| 3. Organisations- und Verwendungsentscheidungen | 480 |
| 4. Entlassung aus dem Beamtenverhältnis | 490 |
| 5. Eintritt in den und Hinausschieben des Ruhestands | 493 |
| 6. Versetzung in den (vorzeitigen) Ruhestand und Teildienstfähigkeit | 494 |
| 7. Wiederberufung in ein Beamtenverhältnis | 499 |

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| II. Sicherung des Bewerbungsverfahrensanspruchs | 501 |
| 1. Inhalt | 501 |
| 2. Statuskonkurrenz bei Ernennungen | 505 |
| 3. Dienstpostenkonkurrenz | 510 |
| 4. Dienstliche Beurteilungen | 514 |
| 5. Abbruch von Auswahlverfahren | 515 |
| 6. Ernennungsentscheidung bei Einzelbewerbern | 516 |
| III. Fürsorgepflicht des Dienstherrn | 517 |
| IV. Amt und Nebentätigkeit | 519 |
| 1. Zuordnung zum Hauptamt oder Nebentätigkeit | 519 |
| 2. Regelungen hinsichtlich der Durchführung der Nebentätigkeiten | 520 |
| 3. Nachamtliches Tätigkeitsverbot | 521 |
| V. Eilverfahren betreffend Befugnisse der Personalvertretung | 521 |
| § 66 Bildungsrecht | 522 |
| I. Vorläufiger Rechtsschutz bei vorschulischer Bildung und Kindertagesbetreuung | 525 |
| 1. Ausgestaltung von Rechtsansprüchen | 526 |
| 2. Vorwegnahme der Hauptsache und Anordnungsgrund | 527 |
| 3. Kostenersatz für selbstbesorgte Tagesbetreuung | 528 |
| 4. Aufschiebende Wirkung bei Elternbeiträgen und Kita-Gebühren | 529 |
| II. Schulverhältnis und Schulbesuch | 531 |
| 1. Schulverhältnis und Rechtsschutz | 531 |
| 2. Schulbetrieb; Pädagogische Ausgestaltung und erzieherische Maßnahmen | 537 |
| 3. Schulordnungsmaßnahmen | 539 |
| 4. Schulische Leistungsbewertungen | 540 |
| 5. Staatliche Schulorganisation | 542 |
| III. Hochschulstudium | 542 |
| 1. Teilhabeanspruch aus Art. 12 Abs. 1 GG und Einschränkungen | 542 |
| 2. Rechtsschutz bei Zugangs- und Zulassungsentscheidung | 544 |
| 3. Rechtsschutz bei Zulassungsbeschränkungen | 547 |
| 4. Exmatrikulation | 550 |
| 5. Ordnungsmaßnahmen der Hochschule | 551 |
| IV. Prüfungsrecht | 552 |
| 1. Maßstab und Kontrolldichte | 552 |
| 2. Zulassung zur Prüfung | 554 |
| 3. Ablauf der Prüfung | 557 |
| 4. Abbruch der Prüfung | 558 |
| 5. Abschluss der Prüfung | 560 |
| § 67 Versammlungsrecht | 564 |
| I. Zur Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes im Versammlungsrecht | 564 |
| II. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO | 565 |
| 1. Zulässigkeit eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO | 565 |
| 2. Begründetheit eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO | 569 |
| III. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO | 573 |
| 1. Statthaftigkeit des Antrags | 573 |
| 2. Zulässigkeit vorbeugenden Rechtsschutzes | 574 |
| 3. Begründetheit des Antrags nach § 123 Abs. 1 VwGO | 575 |
| IV. Rechtsmittel im Eilverfahren | 576 |
| V. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz im Eilverfahren | 577 |
| § 68 Sicherheits- und Ordnungsrecht | 579 |
| I. Von Corona bis zu Schützenfesten: Allgemeine Vorbemerkung | 579 |
| II. Pandemiebekämpfung und einstweiliger Rechtsschutz | 579 |
| 1. Zur einstweiligen Anordnung nach § 47 Abs. 6 VwGO im Zusammenhang mit Maßnahmen nach dem IfSG | 579 |
| 2. Individualrechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO im Zusammenhang mit belastenden Einzelmaßnahmen nach dem IfSG | 585 |
| 3. Individualrechtsschutz im Übrigen | 585 |
| III. Veranstaltungsrecht und einstweiliger Rechtsschutz | 586 |
| 1. Erscheinungsformen des einstweiligen Rechtsschutzes im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen | 586 |

| | |
|------------------------------------------------------------------|-----|
| 2. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO | 586 |
| 3. Beurteilungskriterien für Anträge nach § 80 Abs. 5 VwGO | 588 |
| Sachverzeichnis | 589 |

